

Anke Richmann

**Die Beteiligung des
Erziehungsberechtigten und
des gesetzlichen Vertreters am
Jugendstraftverfahren**



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	17
2	Gesetzliche Grundlagen	19
2.1	Verfahrensbeteiligung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters im Jugendstrafverfahren im Allgemeinen	19
2.2	Die historische Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen zu der Beteiligung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters	22
2.3	Die gesetzliche Stellung der Beteiligung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters im heutigen Jugendstrafverfahren	35
2.3.1	Gesetzliche Grundlagen im Jugendgerichtsgesetz	42
2.3.1.1	Die Beteiligung des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters	42
2.3.1.2	Gründe für die Beteiligung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters am Jugendstrafverfahren	45
2.3.1.3	Die Verfassungsmäßigkeit der Beteiligungsrechte und -pflichten	51
2.3.1.4	Begriffsbestimmung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters	54
2.3.1.4.1	Gesetzlicher Vertreter	55
2.3.1.4.1.1	Anwendung des Begriffes aus dem BGB	55
2.3.1.4.1.1.1	Vermögenssorgeberechtigter Vertreter	56
2.3.1.4.1.1.2	Vertreter in persönlichen Angelegenheiten	56
2.3.1.4.1.1.3	Streitentscheidung	57

2.3.1.4.1.2	Modifizierung des Vertreterbegriffes	58
2.3.1.4.1.2.1	Jugendstrafverfahren	59
2.3.1.4.1.2.2	Erwachsenenstrafrecht	61
2.3.1.4.1.3	Gesetzliche Vertreter eines Jugendlichen	62
2.3.1.4.2	Erziehungsberechtigte	64
2.3.2	Rechte und Pflichten des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters in den einzelnen Verfahrensabschnitten	67
2.3.2.1	Rechte und Pflichten im Verlauf des Vor- und Zwischen- verfahrens und außerhalb der Hauptverhandlung	67
2.3.2.1.1	Informationsrechte	70
2.3.2.1.1.1	Benachrichtigung von der Einleitung des Verfahrens	70
2.3.2.1.1.2	Benachrichtigung über den jeweiligen Verfahrensstand im Ermittlungsverfahren	73
2.3.2.1.1.3	Benachrichtigung über eine Verhaftung	76
2.3.2.1.1.4	Benachrichtigung über richterliche Termine außerhalb der Hauptverhandlung	77
2.3.2.1.1.5	Benachrichtigung über sonstige Termine im Zwischenverfahren	80
2.3.2.1.1.6	Ladung zur Hauptverhandlung	81
2.3.2.1.1.7	Bindung der Staatsanwaltschaften und Gerichte an die Benachrichtigungspflichten	83
2.3.2.1.1.8	Ausnahmen von der Benachrichtigungsverpflichtung	87
2.3.2.1.1.9	Übermittlung von Entscheidungen	90
2.3.2.1.1.10	Ermittlung des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters	94
2.3.2.1.2	Recht auf Gehör	96

2.3.2.1.3	Recht auf Anwesenheit bei nicht-richterlichen Vernehmungen und Untersuchungshandlungen	98
2.3.2.1.3.1	Umfang des Anwesenheitsrechtes	98
2.3.2.1.3.2	Beschränkung des Anwesenheitsrechts	101
2.3.2.1.4	Beratungs- und Unterstützungsfunktion	103
2.3.2.1.5	Anwesenheitsrecht und Teilnahme an richterlichen Terminen außerhalb der Hauptverhandlung	105
2.3.2.1.5.1	Inhalt und Umfang der Teilnahmerechte	105
2.3.2.1.5.2	Entzug der Anwesenheitsrechte im Vor- und Zwischenverfahren	110
2.3.2.1.6	Recht der Verteidigerwahl	114
2.3.2.1.6.1	Wahlverteidigung neben Pflichtverteidigung	116
2.3.2.1.6.2	Art und Weise der Verteidigerbestellung	119
2.3.2.1.6.3	Recht auf Pflichtverteidigerbeantragung	122
2.3.2.1.6.4	Wahlverteidigerbestellung und Bestellung eines Beistandes	127
2.3.2.1.7	Ergebnis	129
2.3.2.2	Rechte und Pflichten im Hauptverfahren, insbesondere in der Hauptverhandlung	130
2.3.2.2.1	Die gesetzlichen Vorschriften im Einzelnen	130
2.3.2.2.1.1	Recht auf Teilnahme an der Hauptverhandlung	130
2.3.2.2.1.2	Gehörsrecht	133
2.3.2.2.1.3	Beratungsrecht	134
2.3.2.2.1.4	Erklärungsrechte	135
2.3.2.2.2	Die verschiedenen Rechtsstellungen in der Hauptverhandlung	137
2.3.2.2.2.1	Zeugenfunktion	138
2.3.2.2.2.2	Gehörsbeteiligung	151
2.3.2.2.2.3	Verhältnis von Gehörsrechten und Zeugenfunktion	153

2.3.2.2.2.4	Beistandsfunktion	155
2.3.2.2.2.5	Unterstützungsfunktion	164
2.3.2.2.2.6	Verhältnis der einzelnen Verfahrensbeteiligten untereinander	165
2.3.2.2.2.7	Gründe für die Einschaltung des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters im Hauptverfahren	169
2.3.2.2.2.8	Mehrfache Verfahrensbeteiligung	174
2.3.2.2.2.9	Verletzung der Teilnahmerechte	179
2.3.2.2.3	Rechtsmittelrechte	180
2.3.2.2.3.1	Selbstständigkeit des Rechtsmittelrechtes	181
2.3.2.2.3.2	Rechtsbehelfe, von denen der Erziehungsberechtigte oder gesetzliche Vertreter selbstständig Gebrauch machen kann	183
2.3.2.2.3.3	Die Auswirkung der Verfahrensstellung auf die Anfechtbarkeit von Entscheidungen	192
2.3.2.2.3.4	Art und Weise der Einlegung der Rechtsbehelfe durch den Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter	196
2.3.2.2.3.4.1	Länge von Fristen	197
2.3.2.2.3.4.2	Beginn von Fristen	198
2.3.2.2.4	Die Verfahrensstellung des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters nach Einlegung der Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	198
2.3.2.2.4.1	Berufung	199
2.3.2.2.4.2	Revision	200
2.3.2.2.4.3	Verfassungsbeschwerde	200
2.3.2.2.4.4	Beendigung des Rechtsbehelfsverfahrens	201
2.3.2.2.5	Ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen den Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter in der Hauptverhandlung	203
2.3.2.2.6	Verfahrenswechsel zum Heranwachsendenrecht	205

2.3.3	Entziehung der Mitwirkungsrechte	210
2.3.3.1	Die Möglichkeit der Entziehung der Rechte des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters im Jugendstrafverfahren	210
2.3.3.1.1	Der vollkommene Rechtsentzug	210
2.3.3.1.2	Der partielle Rechtsentzug	214
2.3.3.2	Die gerichtliche Entscheidung über den Ausschluss des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters	215
2.3.3.3	Die verfassungsmäßige Zulässigkeit der Entziehung der Rechte des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters im Jugendstrafverfahren	217
2.3.3.3.1	Die totale Entziehung der prozessualen Rechte des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters im Jugendstrafverfahren	218
2.3.3.3.2	Die partielle Entziehung des prozessualen Rechtes des Erziehungsberechtigten oder des gesetzlichen Vertreters im Hauptverfahren	220
2.4	Gesamtergebnis	223
3	Praktische Auswirkungen und Effizienz der gesetzlichen Normen	225
3.1	Mitwirkung des Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreters in der Praxis	225
3.1.1	Einschätzung der Mitwirkung in der Praxis durch Praktiker in der Jugendgerichtsbarkeit	226

3.1.2	Unterstützung des Jugendlichen durch einen einzelnen Erziehungsberechtigten bzw. einen gesetzlichen Vertreter in der Praxis	238
3.1.3	Auswirkungen der Mitwirkung des Erziehungsberechtigten bzw. des gesetzlichen Vertreters in der Praxis	240
3.2	Möglichkeiten der erzieherischen Einflussnahme auf die Jugendlichen	243
3.2.1	Grundsätzliche Familiensituation	243
3.2.2	Erziehung und Familienstrukturen	248
3.2.2.1	Die Situation der Erziehung	249
3.2.2.2	Die Pädagogik der Ich-Stärke	256
3.2.2.3	Antiautoritäre Erziehung	258
3.2.2.4	Die emanzipatorische Erziehung	262
3.2.2.5	Die Antipädagogik	267
3.2.2.6	Beschäftigung mit dem ICH und Weltbezug	270
3.2.2.7	Ergebnis	275
3.2.2.8	Entwicklung der Eltern-Kind-Beziehung im Jugendalter	277
3.2.2.9	Zusammenfassende Stellungnahme	283

3.3	Vorschläge zur Gesetzesänderung	288
3.3.1	Anwesenheitsrechte außerhalb der Hauptverhandlung	289
3.3.2	Anwesenheitsrechte in der Hauptverhandlung	294
3.3.3	Mitteilungsansprüche des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters	296
3.3.4	Recht auf Gehör	297
3.3.5	Pflicht zur Aussage	298
4	Schlussbemerkung	305
5	Literaturverzeichnis	307
6	Anhang	319